



Liebe Leserinnen und Leser,
ich wünsche Ihnen ein frohes und gesegnetes
Weihnachtsfest. Genießen Sie die folgenden,
hoffentlich ruhigen Tage im Kreise Ihrer Familie
und Freunde. Kommen Sie in diesen Zeiten sicher
und gesund in das Kommunalwahljahr 2026.
Wir sehen uns hoffentlich auf Tour im Wahlkreis.
Alles Gute wünscht Ihnen, Ihre

Veronika Bode

Aus Vronis Feder: Wehrdienst neu denken – Verantwortung gemeinsam tragen

Liebe Leserinnen und Leser,
mit großer Mehrheit haben Sie sich in meiner letzten Umfrage
das Thema *“Wie gestalten wir den Wehrdienst in Deutschland?”* gewünscht.

Die sicherheitspolitische Lage in Europa hat sich grundlegend verändert. Krieg ist auf unseren Kontinent zurückgekehrt, und damit auch die ehrliche Frage: Wie verteidigungsfähig ist Deutschland – heute und morgen? Die Diskussion um die Ausgestaltung eines neuen Wehrdienstes ist deshalb nicht ideologisch, sondern notwendig.

Die CDU steht für einen modernen Wehrdienst, der auf Verbindlichkeit setzt, ohne vorschnell zur klassischen Pflicht zurückzukehren.



Foto: Privat.

Fortsetzung: Wehrdienst neu denken

Klar geregelter Aufwuchspfad

Kern des neuen Modells ist ein klar geregelter Aufwuchspfad für die Bundeswehr, der gesetzlich verankert und regelmäßig dem Parlament berichtet wird. Damit wird Transparenz geschaffen – und die Verantwortung bewusst in die Mitte unserer Gesellschaft gelegt.

Ab 2026 werden junge Frauen und Männer angeschrieben, Männer sind zunächst zur Rückmeldung und später zur Musterung verpflichtet, beginnend mit dem Jahrgang 2008. Allein dieser Schritt wird viel bewirken: Der Wehrdienst wird wieder Thema in den Familien, an Küchentischen, in Schulen und Betrieben.

Genau dort gehört die Debatte hin.

Freiwilligkeit vor Verpflichtung

Wir wollen junge Menschen für den Dienst an unserem Land begeistern – durch gute Rahmenbedingungen, attraktive Ausbildung, moderne Ausrüstung und echte Wertschätzung. Sollte sich jedoch zeigen, dass die personellen Ziele für die Verteidigungsfähigkeit nicht erreicht werden, muss der Staat handlungsfähig bleiben. Dann braucht es eine Bedarfswehrpflicht als ultima ratio, über die das Parlament entscheidet. Auch das ist Ausdruck unserer Demokratie und der Rolle der Bundeswehr als Parlamentsarmee.

Es geht nicht um Militarisierung, sondern um Verantwortung. Oder anders gesagt: Wir wollen, dass Deutschland sich verteidigen kann, damit es sich nicht verteidigen muss. Eine starke Bundeswehr ist keine Bedrohung, sondern unsere Freiheitsgarantie. Diese ehrlich auszugestalten, ist eine der zentralen Aufgaben unserer Zeit – und ihr stellen wir uns als CDU.

Hebammen stärken – Geburtshilfe sichern

In der Aktuellen Stunde des Dezemberplenums des Niedersächsischen Landtages haben wir in dieser Woche intensiv über den neuen Hebammenhilfevertrag diskutiert. Für uns als CDU-Fraktion ist dabei #ganzklar: Wer Hebammen nicht ausreichend anhört, gefährdet die Geburtshilfe in ganz Niedersachsen.

Fortsetzung: Hebammenhilfevertrag

Hoher Dokumentationsaufwand

Künftig müssen laut neuem Hebammenhilfevertrag Hebammen ihre Leistungen in Fünf-Minuten-Takten abrechnen – mit enormem Dokumentationsaufwand und teils drastischen Einkommenseinbußen von bis zu 30 Prozent. Die Folgen sind bereits sichtbar: Im Marienstift Braunschweig hat ein Viertel der Beleghebammen gekündigt, Kliniken in Winsen, Göttingen und Vechta melden ebenfalls Rückgänge.

Wenn diese Entwicklung anhält, drohen weitere Kreißsaalschließungen – mit langen Wegen, mehr Belastung und steigenden Risiken für Schwangere und Neugeborene.

Hebammen fühlen sich nicht ausreichend beteiligt

In zwölf Kreißsälen wird überwiegend oder vollständig im Belegsystem gearbeitet, rund 8.500 Geburten – etwa 12 Prozent aller Geburten in Niedersachsen – werden jedes Jahr durch Beleghebammen begleitet. Umso verständlicher ist es, dass der neue Vertrag nach wie vor auf breite Kritik aus der Praxis stößt. Viele Hebammen fühlen sich nicht ausreichend beteiligt, beklagen eine zunehmende Bürokratie und sehen ihre wirtschaftliche Situation weiterhin nicht angemessen berücksichtigt.

Gerade im ländlichen Raum drohen sich die Probleme zu verschärfen:

Wenn sich Arbeitsbedingungen weiter verschlechtern oder Leistungen nicht kostendeckend erbracht werden können, ziehen sich Hebammen zurück. Das hätte direkte Folgen für die Versorgungssicherheit von Familien – auch bei uns in der Region.

Hierzu haben meine Kolleginnen **Laura Hopmann, Sophie Ramdor** und ich vor Kurzem auch eine **Kleine Anfrage** an die Landesregierung gestellt. Trotz dieser deutlichen Warnsignale sieht der Gesundheitsminister, wie aus der Antwort auf die Kleine Anfrage hervorgeht, keinen Handlungsbedarf. Er hält die finanziellen Einbußen für „vertretbar“ und die Versorgungssicherheit für nicht gefährdet – eine Einschätzung, die meilenweit an der Realität vorbeigeht. Als CDU fordern wir deshalb, den Vertrag nachzubessern, die Expertise der Hebammen ernsthaft einzubeziehen und praxistaugliche Lösungen zu schaffen.



Foto: Privat.

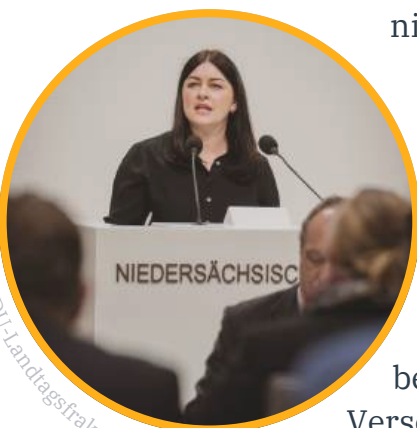


Foto: CDU-Landtagsfraktion.

NEWSLETTER AUS DEM **PLENUM**



Ausgabe Nr. 07/2025

Transparenz braucht Verlässlichkeit - nicht nur Ankündigungen

In der vergangenen Dezember-Sitzungswoche habe ich zu zwei Petitionen **gesprächen**, die beide das gleiche Ziel verfolgen: die Einführung eines Informationsfreiheits- bzw. Transparenzgesetzes in Niedersachsen.

Der Petitionsausschuss hatte empfohlen, die Eingaben zur Berücksichtigung an die Landesregierung zu überweisen. Anlass genug, genauer hinzusehen – denn die Forderung nach einem solchen Gesetz ist keineswegs neu.

Entwürfe liegen längst in der Schublade

Bereits im Koalitionsvertrag von SPD und Grünen aus dem Jahr 2022 heißt es wörtlich, man wolle „*ein modernes und umfassendes Informationsfreiheits- und Transparenzgesetz schaffen*“.

Drei Jahre später, Ende 2025, ist davon jedoch weiterhin nichts umgesetzt. Dabei liegen entsprechende Gesetzentwürfe seit Jahren vor: Schon 2017 brachte eine rot-grüne Landesregierung einen Entwurf ein, der damals aufgrund des Diskontinuitätsgrundsatzes nicht abschließend behandelt wurde. 2019 folgte ein weiterer Entwurf von Bündnis 90/Die Grünen aus der Opposition – welcher abgelehnt wurde.

Vor diesem Hintergrund ist es mehr als verwunderlich, dass die Landesregierung nun erneut „ersucht“ werden soll, den Anliegen der Petenten nachzukommen. Die Zeit für Ankündigungen ist längst vorbei. Wenn die Koalition dieses Vorhaben ernst meint, muss sie jetzt liefern – und zwar zügig. Eine Legislaturperiode ist schneller vorbei, als man manchmal denkt.

Unsere Position: Kein Mehr an Bürokratie schaffen

Die CDU-Fraktion steht der Einführung eines solchen Gesetzes weiterhin kritisch gegenüber. Wir sehen darin vor allem einen zusätzlichen bürokratischen Aufwand für die Verwaltung, ohne einen echten Mehrwert an Transparenz für die Bürgerinnen und Bürger zu schaffen. Niedersachsen verfügt bereits heute über vielfältige Informations- und Beteiligungsmöglichkeiten.

Deshalb haben wir beantragt, die Petenten über die bestehende Sach- und Rechtslage zu unterrichten. Transparenz entsteht nicht durch immer neue Gesetze, sondern durch verlässliches Regierungshandeln und klare Verantwortlichkeiten.



Foto: Privat.

☎ 0 53 51/ 42 46 19

✉ info@veronikabode.de

📷 @veronika_bode.mdl

📘 @VeronikaBodeMdL

V.i.S.d.P.: Veronika Bode MdL

Wahlkreisbüro

Maschweg 2

38350 Helmstedt

Starker Impuls aus Braunschweig: Bundeswehrstandort wiederbeleben

Gemeinsam mit meinen CDU-Kolleginnen und Kollegen aus der Braunschweiger Region habe ich mich in einem Schreiben an die Niedersächsische Innenministerin Daniela Behrens gewandt. Hintergrund ist der von der Bundesregierung beschlossene neue Wehrdienst mit verpflichtender Musterung für Männer ab dem Geburtsjahrgang 2008 und der damit verbundene Aufwuchs der Bundeswehr.

Beste Standortfaktoren

Für uns ist klar: Wenn die Bundeswehr wächst, braucht sie auch geeignete Standorte – und hier bietet die Region Braunschweig beste Voraussetzungen. Braunschweig und sein Umland waren über viele Jahre ein bedeutender und traditionsreicher Bundeswehrstandort. An diese Tradition wollen wir anknüpfen.

Konkret haben wir angeregt, das ehemalige Kreiswehrrersatzamt in der Grünewaldstraße wieder einer sinnvollen Nutzung zuzuführen. Die Immobilie steht seit geraumer Zeit leer und befindet sich nach unserem Kenntnisstand im Eigentum des Landes Niedersachsen. Im Zuge der geplanten Einrichtung regionaler Zentren für die Wehrrfassung könnte dieser Standort aus unserer Sicht hervorragend genutzt werden.

Gewinn für unsere Region

Mit unserem Brief machen wir deutlich: Die Braunschweiger Region sollte bei der Neuaufstellung der Bundeswehr wieder eine Rolle spielen. Das wäre nicht nur ein Beitrag zur Stärkung unserer Verteidigungsfähigkeit, sondern auch ein Gewinn für die Region selbst – durch neue Arbeitsplätze, Infrastruktur und eine stärkere sicherheitspolitische Präsenz.

Nun erwarten wir eine konstruktive Prüfung durch das Innenministerium. Wir stehen bereit, diesen Prozess weiter aktiv zu begleiten und uns dafür einzusetzen, dass Braunschweig wieder Bundeswehrstandort wird.



Foto: Privat.



Foto: Privat.

NEWSLETTER AUS DER REGION



Ausgabe Nr. 07/2025

Hilfe zur Selbsthilfe in Helmstedt, Wolfsburg und Gifhorn

Zu Gast sein durfte ich beim Tag der Offenen Tür von **"Menschen im Blick"**. Der familiengeführte, freie Träger wurde 1999 von Andreas Arzt unter dem Namen *"Familienhilfe Arzt"* gegründet. Die GmbH bietet wohnortnah ambulante Hilfen in Form der Jugend- und Eingliederungshilfe an und legt den Fokus dabei auf Selbstbestimmung im Alltag. Der Träger wurde 2022 an die nächste Generation weitergegeben. Johanna Arzt und Daniel Wessels arbeiten ressourcenorientiert und achten auf die individuellen Bedürfnisse der einzelnen Hilfesuchenden. Das Einzugsgebiet umfasst Wolfsburg, den Landkreis Gifhorn und den Landkreis Helmstedt.

Ich halte dies für ein sehr wichtiges Angebot als Hilfe zur Selbsthilfe, da offenbar immer mehr Menschen im Alltag überfordert sind. Diese Erfahrungen musste ich bereits in meiner langjährigen Tätigkeit im Sozialamt und Jobcenter Wolfsburg machen - insbesondere für Kinder und Jugendliche kann durch das Angebot der Familienhilfe nicht selten ein völliges Abrutschen vermieden werden.

Ich danke herzlich für den intensiven Austausch und wünsche viel Kraft bei der wichtigen Aufgabe, die bereits vielen Menschen aus schwierigen Lebenssituationen geholfen hat.



Foto: Privat

**Ihre Meinung ist mir wichtig:
Wählen Sie das nächste Thema für "Vronis Feder"**

HIER ABSTIMMEN

☎ 0 53 51/ 42 46 19

✉ info@veronikabode.de

📷 @veronika_bode.mdl

📘 @VeronikaBodeMdL

V.i.S.d.P.: Veronika Bode MdL

Wahlkreisbüro

Maschweg 2

38350 Helmstedt

Man sieht den Wald vor lauter Bäumen nicht - und manche die Verantwortlichkeit vor lauter Empörung nicht

Nach Berichten der Helmstedter Nachrichten über eine großflächige Baumentnahme im Naturschutzgebiet zwischen Groß und Klein Brunsrode durch die Niedersächsischen Landesforsten habe ich die für CDU-Fraktion im Niedersächsischen Landtag eine **Kleine Anfrage** an die rot-grüne Landesregierung gestellt. Ziel unserer Anfrage ist eine neutrale, sachgenaue Klärung der rechtlichen Grundlage des Handelns der Niedersächsischen Landesforsten.

Wir wollen in unserer **Kleinen Anfrage** wissen, auf welcher rechtlichen Grundlage die Rodungen stattgefunden haben, ob die Naturschutzbehörden beteiligt waren bzw. hätten beteiligt werden müssen, wie stark der Boden verdichtet wurde und welche Wiederherstellungsmaßnahmen vorgesehen sind. Ebenso wollen wir wissen, inwieweit die Landesregierung hierüber vorab informiert und involviert war.

Ich muss mich sehr wundern, dass vor allem SPD- und Grüne-Vertreter/innen aus dem Landkreis Helmstedt in ihren Stellungnahmen an die Presse die Landesforsten scharf angreifen – gerade diejenigen Fraktionen, die gemeinsam die Landesregierung bilden und damit eigentlich auch für das öffentliche Unternehmen Landesforsten mitverantwortlich sind. Wir jedenfalls möchten Klarheit darüber, ob hier ein sachlich gerechtfertigtes forstwirtschaftliches Vorgehen stattgefunden hat, oder ob die Eingriffe das Gebiet in unzulässiger Weise beeinträchtigen. Nur so kann sichergestellt werden, dass Naturschutz und Forstwirtschaft Hand in Hand gehen.



Foto: Privat.



Foto: Privat.

NEWSLETTER

AUS DEM WAHLKREIS

Heeseberg muss im Wahlkreis 8 bleiben

Nach einer Entscheidung des Staatsgerichtshofs vom 16. Dezember 2024 muss die niedersächsische Wahlkreiseinteilung überarbeitet werden. Hintergrund war eine Wahlbeschwerde, die auf zu starke Abweichungen in der Zahl der Wahlberechtigten zwischen den Wahlkreisen und eine Unterrepräsentanz der Region Weser-Ems hinwies. Die rot-grüne Landesregierung plant nun, die Zahl der Wahlkreise von 87 auf 90 zu erhöhen. Laut Gerichtsurteil dürfen die Wahlkreise höchstens um 15 Prozent vom Durchschnitt der Wahlberechtigten abweichen – mehrere neue Zuschnitte liegen jedoch dicht an dieser Grenze.



Foto: Privat.

Rot-grüner Vorschlag würde Heeseberg herauslösen

Der vorgelegte rot-grüne Gesetzesentwurf sieht für den Wahlkreis 8 (Landkreis Helmstedt) vor, dass einzig die Samtgemeinde Heeseberg als nahezu kleinste Samtgemeinde in Niedersachsen aus dem Landkreis Helmstedt herausgelöst und zum zukünftig neu gebildeten Wahlkreis 10 (Wolfenbüttel-Süd/Salzgitter) zählen würde. Heeseberg ist historisch, kulturell und verwaltungstechnisch fest im Landkreis Helmstedt verwurzelt. Eine Herauslösung aus dem bestehenden Wahlkreis würde die gewachsenen Strukturen zerschlagen und die politische Vertretung der Region schwächen.

Völlig neuer Zuschnitt durch Hinzunahme Teilen Wolfsburgs?

Eine Stellungnahme des Landeswahlleiters zu dem oben genannten Gesetzesentwurf birgt leider keinen Verbesserungsvorschlag für den Wahlkreis 8. Hier würden die Bezirke der Stadt Wolfsburg Brackstedt, Velstove, Vorsfelde, Warmenau und Wendschott dem Wahlkreis Helmstedt zugeordnet, dafür sollten wir zwei 'unserer' Kommunen an den Wahlkreis 9 Wolfenbüttel-Nord und den Wahlkreis 10 Wolfenbüttel-Süd/Salzgitter abgeben. Eine völlig unnötige Zerstückelung. Der geplante Zuschnitt wäre ein Eingriff ohne Notwendigkeit – und ohne Rücksicht auf die Menschen vor Ort.



Foto: Privat.

NEWSLETTER AUS DEM WAHLKREIS



Ausgabe Nr. 07/2025

Fortsetzung: Wahlkreisreform

Ich unterstütze den Alternativvorschlag des Kreiswahlleiters des Landkreises Wolfenbüttel, Heiko Beddig, der vorsieht, die Ortschaften Salzgitter-Hallendorf, -Heerte, -Salder und -Watenstedt (bisher Wahlkreis 11 Salzgitter) dem Wahlkreis 10 Wolfenbüttel-Süd/Salzgitter zuzuordnen. Dadurch könnte Heeseberg ohne Schwierigkeiten im Wahlkreis 8 verbleiben und wir bräuchten auch aus der Stadt Wolfsburg keine Bezirksteile aufzunehmen.

Dieser Vorschlag ist sachgerecht, praktikabel und sichert zugleich die Stabilität der Wahlkreiseinteilung, während er die Identität der betroffenen Gemeinden wahrt. Ich bitte die Landesregierung in einem Brief eindringlich, diesen Weg zu prüfen und umzusetzen.

Darüber hinaus haben wir als CDU-Fraktion im Helmstedter Kreistag eine entsprechende Resolution eingebracht.



Foto: Privat.

Ein neues Gesicht in meinem Team!

Ab dem 01.01.2026 wird Anja Beiwinkel-Hartmann mein Team im Landtagsbüro verstärken. Ich freue mich sehr über die Unterstützung! Frau Beiwinkel-Hartmann wird künftig insbesondere die **Besucherguppen** aus dem **Landkreis Helmstedt** sowie aus meinem **Betreuungswahlkreis Wolfenbüttel** organisieren und als Ansprechpartnerin zur Verfügung stehen.

Wer schon immer einmal den Niedersächsischen Landtag in Hannover besuchen und einen Blick hinter die Kulissen der Landespolitik werfen wollte, kann sich sehr gern bei ihr unter

info@veronikabode.de oder telefonisch unter **05351 - 424619** melden.

Wir freuen uns auf Ihren Besuch!



Foto: Privat.

☎ 0 53 51/ 42 46 19

✉ info@veronikabode.de

📷 @veronika_bode.mdl

📘 @VeronikaBodeMdL

V.i.S.d.P.: Veronika Bode MdL
Wahlkreisbüro
Maschweg 2
38350 Helmstedt

ZUM SCHLUSS: DIE GUTE NACHRICHT

Wir sind Handball-Vizeweltmeisterinnen!

Herzlichen Glückwunsch an die deutsche Handball-Nationalmannschaft zum zweiten Platz bei der Weltmeisterschaft!

Unsere Handballerinnen haben mit großem Einsatz, Teamgeist und Leidenschaft begeistert. Der Vizetitel ist ein herausragender Erfolg und ein starkes Signal für den deutschen Sport insgesamt.

Gerade solche Leistungen verdienen eine breite Öffentlichkeit. Umso wichtiger ist es, dass die Spiele unserer Nationalmannschaften für alle gut sichtbar sind. Für die kommende Europameisterschaft würde ich mir daher wünschen, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk die Partien der Handballerinnen von Beginn an – also bereits ab der Vorrunde – überträgt. Das wäre ein starkes Zeichen der Wertschätzung und eine große Chance, noch mehr Menschen für den Frauenhandball zu begeistern.

Dieses Team hat Aufmerksamkeit verdient – nicht erst ab dem Viertelfinale, sondern vom ersten Anpfiff an.



Foto: Canva.

In Deutschen Laboren werden weniger Versuchstiere eingesetzt

Wie die **'Zeit'** berichtet, gibt es Fortschritte beim Tierschutz in der Forschung: Die Zahl der Tiere in Laborversuchen ist bereits das fünfte Jahr in Folge gesunken. Besonders erfreulich ist der deutliche Rückgang bei den sogenannten „überzähligen“

Versuchstieren – also Tieren, die zwar für wissenschaftliche Zwecke gezüchtet, letztlich aber nicht eingesetzt wurden.

Wie aktuelle Zahlen des Bundesinstituts für Risikobewertung zeigen, wurden im Jahr 2024 in Deutschland rund 1,1 Millionen dieser Tiere getötet. Das sind 19 Prozent weniger als im Vorjahr mit 1,3 Millionen. Diese Zahlen werden erst seit 2021 gesondert erfasst.



Foto: Canva.